USA

„Städte sind die Lösung“

STEFAN DEWICKERE

Der frühere Clinton-Berater und Politologe Benjamin Barber, 74, über die Bedeutung von Bürgermeistern für die Welt

SPIEGEL: Die Bürgermeister großer Städte sind für Sie die Helden und Problemlöser unserer Zeit – kennen Sie denn auch Klaus Wowereit?

Barber: Ich kenne ihn und seinen Ruf. Weil ich demnächst wieder sein Gast in Berlin bin, möchte ich darauf lieber nicht eingehen. Aber Sie haben in Deutschland Bürgermeister mit hervorragender Reputation, Olaf Scholz in Hamburg und den ehemaligen Bürgermeister von Stuttgart, Wolfgang Schuster. Das sind „urban homeboys“, so nenne ich diese Leute.

SPIEGEL: Warum trauen Sie ihnen mehr zu als anderen Politikern?

Barber: Die Demokratie in ihrer nationalstaatlichen Form steckt in einem Dilemma. Einerseits sind unsere heutigen Probleme grenzübergreifend: Umweltzerstörung, Migration, Terrorismus, Kriege. Andererseits haben wir es mit einem teilweise 400 Jahre alten Staatsmodell zu tun. Wir versuchen mit einem Konzept aus dem 17. Jahrhundert, Probleme des 21. Jahrhunderts zu lösen. Das ist asymmetrisch.

SPIEGEL: Und wie lautet Ihre Lösung?

Barber: Die Städte sind die Lösung! Urbane Systeme stehen für die pragmatische Lösung von Problemen, sie sind nicht belastet von Ideologien: Busse müssen einfach fahren, der Müll muss eingesammelt werden, wir brauchen Schulen und eine Kanalisation. In Großstädten gibt es enorm viel institutionelle, soziale und technologische Kompetenz. Ich plädiere für eine Multiplikation dieser Kompetenz. Hinzu kommt: In den Städten gibt es diese großartige historische Erfahrung.

SPIEGEL: Was meinen Sie damit?

Barber: Rom ist viel älter als Italien. Alexandria ist älter als das heutige Ägypten. In den Städten hat die Menschheit Geschichte geschrieben, auf der Place de la Bastille, auf dem Tahrir, dem Tiananmen-Platz. Die Polis war die Wiege der Demokratie, dann erst kam der Staat. Jetzt stehen wir vor der nächsten Entwicklungsstufe: der Kosmopolis, der Weltstadt.

DIPLOMATIE

Verzicht auf Immunität

Auf eine unter Diplomaten ungewöhnliche Weise hat der Botschafter der Mongolei in Berlin einen schwerwiegenden Vorwurf entkräftet. Im Februar hatte die Deutsche Bank Baldorj Davaadorj wegen des Verdachts auf Geldwäsche angezeigt – auf seinem Privatkonto waren Überweisungen von angeblich mehr als 200 000 Euro eingegangen. Die Staatsanwaltschaft leitete Ermittlungen ein, die wegen der diplomatischen Immunität des Botschafters eingestellt werden mussten. Der Vorgang wurde öffentlich, auch der SPIEGEL berichtete darüber. Doch der Diplomat forderte die Behörde explizit auf, die Ermittlungen fortzusetzen. Ende August bestätigte die Staatsanwaltschaft Berlin seinem Anwalt Egon Geis, dass die Kontobewegungen „keinen Verdacht der Geldwäsche begründen“. Sämtliche Vorwürfe gegen Baldorj Davaadorj sind damit endgültig ausgeräumt.

RECHTSRADIKALE

Griechisches Gift

Die Komplizenschaft vieler Polizisten mit der Partei „Goldene Morgenröte“ steht im Fokus der Ermittler, die nach dem Mord an einem Rapper gegen die Rechtsradikalen vorgehen. So sollen 47 Polizisten nach einem Bericht der Ombudsfrau an das Parlament in rassistische Gewalttaten verwickelt gewesen sein, bei denen es seit Januar 2012 vier Tote und 400 Verletzte gab. Zwei Polizeichefs traten vorige Woche zurück, sie sollen Aktivitäten der Neonazis unterstützt haben. Vier weitere Polizeioffiziere wurden suspendiert, weil sie die Festnahme gesuchter Rechtsradikaler hintertrieben haben sollen; andere Beamte wurden strafversetzt, sie sollen Ermittlungen verschleppt oder bewaffnete Aufmärsche ignoriert haben. „In den vergangenen drei Jahren gab es viele Fälle, in denen Kollegen zu große Toleranz gegenüber Gewalttaten von Mitgliedern der Goldenen Morgenröte zeigten“, räumte die Vereinigung der Polizeioffiziere ein. Nach dem Mord, der erstmals die Mitte der Gesellschaft erschütterte, wird auch die bisher eher zurückhaltende Regierung aktiv. Von einer „Plage“ redete Präsident Karolos Papoulias; Premier Antonis Samaras versprach, die „Nachfahren der Nazis“ daran zu hindern, „die griechische Gesellschaft zu vergiften“. Die Rechtsradikalen versuchen, Kritiker mundtot zu machen: Sie klagen gegen 14 griechische Journalisten – und gegen den SPIEGEL. Eine Million Euro fordert die Partei, weil ein Bericht über die „mörderische Bande“ (SPIEGEL 16/2013) ihre, so die Klage, „ganz tadellose parlamentarische Erscheinung“ verleumde.

Kundgebung der „Goldenen Morgenröte“

MILOS BICANSKI